



Niederschrift Sitzung des Ausschusses für Jugend, Kultur, Sport und Soziales

Sitzungstermin:	Mittwoch, 26.04.2023
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	21:30 Uhr
Ort, Raum:	Großer Saal der Stadthalle
Sitzungsnummer	JKSS/014a/23

Verlauf

- 1 Elternbeiträge der Ü3-Kinderbetreuung
hier: "Runder Tisch" am 26.04.2023

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind alle Damen und Herren der Stadtverordnetenversammlung, Kita-Leiterinnen, Erzieherinnen, Trägervertreter, Elternbeiräte sowie die Fachverwaltung herzlich eingeladen.

Anwesenheit: Siehe beiliegende Teilnehmerliste

Verlauf

Herr Vorsitzender Fritsch begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Die fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit werden festgestellt. Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Ganz besonders begrüßt er die Mitarbeiterinnen der Kindertagesstättenverwaltung, die Leitung der städtischen und konfessionellen Kitas sowie die Vertreter der konfessionellen Träger und die Vertreterinnen der Elternbeiräte, die zu dem heutigen „Runden Tisch“ ebenfalls eingeladen wurden.

Er stellt fest, dass folgende Damen und Herren stimmberechtigt sind:

Für die CDU-Fraktion: Herr Fritsch, Frau Chmura, Frau Kunkel

Für die SPD-Fraktion: Frau Goetz, Herr Weckerle

Für die Fraktion B90/Die Grünen: Herr Piscopia

Für die Fraktion FW: Frau Limberg

1

**Elternbeiträge der Ü3-Kinderbetreuung
hier: "Runder Tisch" am 26.04.2023**

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind alle Damen und Herren der Stadtverordnetenversammlung, Kita-Leiterinnen, Erzieherinnen, Trägervertreter, Elternbeiräte sowie die Fachverwaltung herzlich eingeladen.

Vor Eintritt in den Tagesordnungspunkt 2 erläutert Herr Fritsch, dass die heutige Sitzung des Ausschusses für Jugend, Kultur, Sport und Soziales auf eine Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung des CDU-Antrages 0028/S/23 am 27.03.2023 zurückgeht.

Der Beschlusstext vom 27. März 2023 lautet wie folgt:

„Die CDU-Fraktion beantragt und bittet, die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Um die Möglichkeiten einer möglichst vollständig beitragsfreien Betreuung für Kinder im Ü3-Bereich der städtischen Betreuungseinrichtungen und die der konfessionellen Träger ab dem Kindergartenjahr 2024/25 zu erörtern, lädt die Stadtverordnetenversammlung entweder zu einer Informationsveranstaltung, einer Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung oder ggf. zu einer Sitzung des JKSS - zu einem ‚Runden Tisch‘ ein.

Diesem sollten angehören: Die städtische Kindertagesstättenverwaltung, die Leitungen der städtischen und konfessionellen Kindertagesstätten sowie Vertreter der konfessionellen Träger und der Elternbeiräte.

Ziel des ‚Runden Tisches‘ ist die ergebnisoffene Erarbeitung grundlegender Informationen zur aktuellen Betreuungssituation sowie der zu erwartenden organisatorischen, personellen und finanziellen Veränderungen und ggf. Herausforderungen aufgrund einer Beitragsfreistellung.“

Herr Fritsch teilt mit, dass neben den Magistratsmitgliedern, den Mitgliedern des Ausschusses JKSS folgende Personen zum „Runden Tisch“ eingeladen wurden und anwesend sind:

Herrn Stefan Eckert, bischöfliches Ordinariat - Kitabereich
Frau Ilse Morew, Leitung Kita St. Maria
Frau Kristin Jost, Leitung Waldkiga
Frau Frederike Heinzmann, Personalvertretung Waldkita
Frau Vanessa Gerlach, Elternvertretung Waldkita
Frau Ina Roth, Leitung Eulennest
Frau Fabienne Niedziela, Kitastättenverwaltung
Frau Hildegard Bolenz, Amtsleitung Kultur & Soziales
Frau Petra Foust, Leitung Maria-Jockel-Kita
Herr David Wilhelm, Erzieher Maria-Jockel-Kita
Frau Nadja Radtke, Elternbeirat
Frau Edith Jörißen, Leitung Dietrich-Bonhoeffer-Kita

Frau Dagmar Schmitt, Stellv. Leitung Dietrich-Bonhoffer-Kita
Frau Marina Schreiner, Gemeinde übergreifende Trägerschaft
Frau Katja Wienold, Stellv. Vorsitzende Gemeinde übergreifende Trägerschaft
Frau Weißmann, Leitung Martin-Luther-Kiga
Frau Schäfer, Personalvertretung Marin-Luther-Kita
Frau Ines Kaiser-Neeb, Elternvertretung Martin-Luther-Kita
Herr Pfarrer Claus Munstein
Frau Bärbel Felsmann, Evangelische Kirchengemeinde Gernsheim

Herr Bürgermeister Burger schlägt im Rahmen der Aussprache vor, allen Mitglieder der STVV, des Magistrats sowie den Vertretern der Kita-Einrichtungen sowie den Mitarbeiterinnen der Fachabteilung Rederecht zu erteilen.

Dem wird einvernehmlich zugestimmt.

Herr Bürgermeister Burger geht zunächst auf die Historie ein.

Er berichtet, dass im November 2022 seitens der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen ein gemeinsamer Haushaltsantrag eingebracht wurde, wonach ab dem 01.01.2023 die Kindertagesstättengebühren abgeschafft werden sollten (0282/S/22-06). Ebenso wurden zwei weitere Änderungsanträge mit der lfd. Nr. 0282/S/22-06.1 und 0282/S/22-06.2 vorgelegt.

Der geänderte Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der lfd. Nr. 0282/S/22-06.2 wurde am 30.01.2023 durch die Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich abgelehnt.

Er lautete wie folgt:

„Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die SPD-Fraktion beantragen und bitten die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Um den Besuch der Ü3-Kindertagesstätten der Schöfferstadt Gernsheim schnellstmöglich, bis zum KiTa Jahr 2024, beitragsfrei gestalten zu können, werden im Haushalt 2023 10.000 € eingestellt.

Hiermit soll der von Bürgermeister Burger vorgeschlagene "Runde Tisch" u.a. mit Vertretern aller KiTas, der Fachberatungen der KiTas (z.B. Kreis GG, Diakonisches Werk u.a.) zeitnah stattfinden, sowie eine Elternbefragung durchgeführt werden, um eventuelle Veränderungen im Nutzerverhalten besser abschätzen zu können.

Mit den durch diese Maßnahmen erworbenen fundierten Erkenntnissen verfolgen die Antragsteller weiterhin das Ziel eine Beitragsfreiheit für den Besuch der Ü3 Einrichtungen in der Schöfferstadt zu verwirklichen.“

Herr Burger erläutert weiter, dass bei einer Beitragsfreistellung zu befürchten ist, dass sich das Buchungsverhalten der Module verändern würde. Die Stadt Gernsheim würde vor größere Herausforderungen gestellt, da erwartet wird, dass

mehr Fachkraftstunden bereitgestellt und weiteres Fachkraftpersonal eingestellt werden muss.

Auf der Grundlage des Antrages der CDU-Fraktion 0028/S/23 wurde zur heutigen Sitzung des Ausschusses JKSS eingeladen. Herr Burger dankt vor allem den Anwesenden für ihre Bereitschaft mitzuwirken und verspricht sich von dieser Diskussionsrunde viel Fachlichkeit.

Herr Vorsitzender Fritsch bittet im Anschluss um entsprechende Wortbeiträge.

Die Leiterin der Maria-Jockel-Kita, Frau Foust, berichtet, dass die Aufnahmekapazität von 150 Betreuungsplätzen/maximal 99 Mittagessensplätzen ausgeschöpft sei. Die Nachmittagsbetreuung bis 16:00 Uhr werde von 70 Kindern in Anspruch genommen. 12 Kinder sind für eine Nachmittagsbetreuung bis 17 Uhr angemeldet.

Ein Großteil der Kinder werde allerdings spätestens um 16:30 Uhr abgeholt. Das Spätmodul bis 17:00 Uhr werde derzeit nur von 2 Kindern in Anspruch genommen, die allerdings von zwei Fachkräften betreut werden müssen.

Sie berichtet weiter, dass es aufgrund hoher Arbeitsbelastung der Erzieherinnen zu erhöhten Personalausfällen kommt.

Die Leiterin der Dietrich-Bonhoffer-Kita, Frau Jörißen, stellt fest, dass die Qualität unter der hohen Arbeitsbelastung leidet. Es bleibe wenig Zeit für fachlichen Austausch, Vorbereitung von Elterngesprächen etc., da das Tagesgeschäft sehr viel Zeit in Anspruch nimmt. In ihrer Einrichtung gibt es 79 Essenskinder. Die Einrichtung ist mit 90 Kindern und 2 Integrationskindern ausgelastet. Am Nachmittag werden 38 Kinder betreut. Das entsprechende Personal muss vorgehalten werden. Zusätzlich müsse Urlaub, Krankheit, Elternzeit u. a. abgedeckt werden.

Sie befürchtet, dass eine kostenlose Kinderbetreuung vermehrte Anmeldungen nach sich zieht, was eine Aufstockung des Personals erforderlich machen würde.

Die Leiterin der Kindertagesstätte „St Maria“, Frau Morew, schließt sich den Argumenten von Frau Foust an.

Sie berichtet auch in ihrer Einrichtung von Personalausfällen aufgrund permanenter Überlastung. Eine Gebührenbefreiung werde die Situation weiter verschlechtern.

Herr Pfarrer Munstein fragt nach der Zahl der Vormittags- und Nachmittagsbelegung.

Frau Morew teilt mit, dass am Nachmittag rund 40 Kinder in der Einrichtung betreut werden. Im Spätmodul sind es allerdings nur 4 Kinder, so dass momentan drei Fachkräfte im Einsatz sind.

Bei weiteren Personalausfällen droht eine Schließung der Einrichtung am Nachmittag.

Die Leiterin des Waldkindergartens, Frau Jost, berichtet, dass derzeit 40 Kinder in zwei Gruppen von 8-13 Uhr betreut werden. Die Zahl der Essenskinder (bis 14 Uhr) beträgt pro Gruppe 11 Kinder, also insgesamt 22 Kinder.

Die Leiterin der Kindertagesstätte Martin Luther, Frau Weißmann, berichtet, dass für diese Einrichtung eine Betriebserlaubnis für 66 Kinder vorliegt, 44 Essensplätze stehen zur Verfügung, 44 Kinder werden bis 16 Uhr, 3 Kinder werden bis 17 Uhr betreut.

Aufgrund großer personeller Veränderungen stünden in der Einrichtung nicht genügend Fachkräfte zur Verfügung. Am Nachmittag werden 44 Kinder von 3 Fachkräften betreut. Aus ihrer Sicht seien drei Fachkräfte zu wenig und für die Erzieherinnen sehr anstrengend.

Die Abschaffung von Kitagebühren könne nur mit einer Vorlaufzeit von 1-2 Jahren gestemmt werden. Die Zeit werde benötigt, um geeignetes Personal einzustellen. Eine gute pädagogische Erziehung könne nur durch kleinere Gruppen und mit gutem Fachpersonal funktionieren. Sie befürchtet bei einer Gebührenfreiheit eine Verschärfung der momentanen personellen Situation.

Herr Pfarrer Munstein weist für die evangelischen Einrichtungen ebenso auf die fehlende räumliche Kapazität hin, um genügend Schlaf- und Essensplätzen vorzuhalten.

Frau Jörißen fragt an, ob seitens des Landes Hessen eine kostenfreie Kitabetreuung angestrebt wird.

Herr Bürgermeister Burger teilt mit, dass seines Wissens nach nur eine Partei das Thema Kitagebührenbefreiung in ihrem Wahlprogramm für die anstehende Landtagswahl im Oktober 2023 aufgenommen hat.

Frau Radtke von der Elternvertretung der Maria-Jockel-Kita weist darauf hin, dass viele Eltern eine gewisse Planungssicherheit aufgrund Berufstätigkeit haben möchten und bereit seien, entsprechende Kitagebühren für eine adäquate Betreuung bis 17:00 Uhr zu zahlen. Eine Betreuung von lediglich zwei Kindern nach 16:00 Uhr sieht sie allerdings kritisch und unrentabel. Dies stehe in keinem Verhältnis.

Herr Eckert vom bischöflichen Ordinariat merkt an, dass Integrationskinder eine Zusatzförderung benötigen, was für das Personal eine zusätzliche Belastung darstellt und eine Platzreduzierung zur Folge habe.

Die Erweiterung des Personals durch Quereinsteiger bedeute ebenfalls eine Mehrbelastung für das Fachpersonal.

Frau Foust legt bei der Betreuungsfrage auch das Augenmerk auf das Kindeswohl. Sie stellt sich die Frage, ob es erstrebenswert ist, die Kinder 40 Stunden pro Woche bis 17 Uhr in einer Kita betreuen zu lassen.

Frau Bolenz betont, dass die Qualifizierung der Erzieherinnen entscheidend ist. In Gernsheim hat man sich darauf verständigt, dass die Kinderbetreuung bis zu 7 Stunden täglich beitragsfrei ist. Der Bedarf an Essensplätzen habe sich um 22 %erhöht.

Herr Bürgermeister Burger ergänzt, dass die Sollstellen des Stellenplans weitestgehend besetzt seien. Langzeiterkrankungen, hohe Krankheitsstände, viel Fluktuationen des Personals mache die Situation allerdings schwierig. Die frei werdenden Stellen seien aufgrund der Bewerberlage nur schwer zu besetzen.

Im Frühjahr 2024 soll eine weitere Kita in der Ringstraße in Betrieb genommen werden. Hier sind zwei U3-Gruppen und eine Ü3-Gruppe mit 9 Erzieherinnen vorgesehen. Er erhofft sich durch diese neue Kita einen Anreiz auf weitere Stellenbewerbungen.

Herr Wilhelm, Erzieher in der Maria-Jockel-Kita, weist darauf hin, dass die geburtenstarken Jahrgänge in Kürze in Rente gehen, so dass sich die Personalsituation weiter verschlechtern wird. Der Beruf des Erziehers/der Erzieherin wird zunehmend unattraktiv, da die Belastung auf längere Sicht zu hoch ist. Eine Gebührenbefreiung verschärfe den Personalmangel zusätzlich.

Der Fraktionsvorsitzende der Fraktion FW, Herr Diller, ist ebenfalls der Meinung, dass die Kapazität der Fachkräfte erschöpft sei. Eine Gebührenbefreiung würde die personelle Situation weiter verschlechtern.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Trock, dankt den Erzieherinnen und Erziehern für deren gute Arbeit. Gernsheim sei in einer guten Lage, mit guten Fachkräften ausgestattet zu sein. Die heutige Einladung diene dazu, die Meinungen der Kitaleiterinnen und des Fachpersonals zu analysieren. Falsche Beschlussfassungen sollten vermieden werden.

Frau Draut von der SPD-Fraktion fragt an, wie sich die Umstellung von 4 auf 6 Stunden Beitragsfreiheit ausgewirkt hat.

Eine Erzieherin berichtet, dass die meisten Kinder für 6 Stunden angemeldet wurden/werden, egal ob ein Betreuungsbedarf für diesen Zeitraum besteht oder nicht. Frau Draut weist darauf hin, dass für Erzieherinnen/Erzieher grundsätzlich mehr getan werden muss. Hier sei der Gesetzgeber/Land Hessen gefordert.

Herr Bürgermeister Burger teilt mit, dass im Babiniprogramm das letzte Betreuungsjahr beitragsfrei war. Ab 2018 wurde in Gernsheim die Beitragsfreistellung von 6 Stunden umgesetzt.

Er betont, dass die Umstellung zur Folge hatte, dass die meisten Kinder für das Ganztagsmodell angemeldet wurden, egal ob ein Bedarf seitens der Eltern bestand oder nicht.

Herr Weckerle dankt allen Erzieherinnen und Erziehern für deren Einschätzung. Aus dieser Gesprächsrunde nimmt er mit, dass eine Beitragsfreistellung aufgrund mangelnder Personalkapazitäten momentan nicht zielführend sei. Dennoch stelle

sich die Frage, wie eine finanzielle Entlastung für die Eltern/Erziehungsberechtigte erreicht werden kann. Hier müsse eine gemeinsame Lösung erarbeitet werden. In Zeiten von hoher Inflation und hohen Energiekosten sei die finanzielle Belastung der Eltern/Erziehungsberechtigten sehr hoch. Die SPD-Fraktion regt an, gemeinsam einen Weg zu finden, um die Interessen aller zu vertreten.

Frau Bolenz teilt mit, dass in Rheinland-Pfalz die Kita-Beitragsfreistellung bereits umgesetzt wurde. Seitens der angefragten Kommunen sei berichtet worden, dass es längere Wartezeiten auf einen Betreuungsplatz gibt.

Frau Heinzmann befürwortet, dass alle Kinder die Möglichkeit auf Bildung haben sollten. Es sollten keine Versprechungen gemacht werden, die aufgrund mangelnder Personalkapazität nicht gehalten werden können.

Herr Trock warnt davor, voreilige Beschlüsse i. S. Beitragsfreistellung zu fassen. Man solle keine Versprechungen machen, die nicht eingehalten werden können.

Herr Piscopia teilt die Befürchtungen, dass es bei einer Beitragsbefreiung zu weiteren Überlastungen des Personals kommen wird. Er bittet um Mitteilung, von wieviel Eltern das Randprogramm in Anspruch genommen wird. Dies könne über eine Elternbefragung erfolgen. Nach den heutigen Erkenntnissen werden die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen von einem Antrag auf Gebührenbefreiung absehen.

Eine Elternvertreterin ist der Meinung, dass Umfragen nicht zielführend seien, da diese nur eine Momentaufnahme darstellen. Hier würde man Begehrlichkeiten wecken.

Frau Niedziela von der Kitaverwaltung vertritt die Meinung, dass die Stadt Gernsheim im Bereich Kinderbetreuung innerhalb des Kreises Groß-Gerau gut aufgestellt ist. Dies könnte durch eine Beitragsfreistellung aufs Spiel gesetzt werden und die Qualität der Kinderbetreuung könne darunter leiden.

Frau Radtke (Elternvertretung Maria-Jockel-Kita) schlägt vor, von den Erziehungsberechtigten einen Nachweis auf Betreuungsbedarf zu fordern, um eine bessere Planungssicherheit zu erzielen.

Herr Bürgermeister Burger warnt davor, einen Nachweis bezüglich des Betreuungsbedarfes von den Erziehungsberechtigten zu fordern. Diese habe ggf. zur Folge, dass diese Vereinbarung im Satzungstext mit aufgenommen werden muss.

Ziel muss es nach wie vor sein, den Erziehungsberechtigten eine bedarfsgerechte Betreuungs-Wahlfreiheit zu ermöglichen.

Abschließend dankt Herr Vorsitzender Fritsch allen Beteiligten für den konstruktiven Meinungsaustausch. Nach Auswertung der heutigen Ergebnisse müsse dieses Thema bei Bedarf erneut in der Stadtverordnetenversammlung beraten und entschieden werden. Ziel müsse es sein, weiterhin eine gute Versorgung im Bereich der Kinderbetreuung zu gewährleisten.

Gelesen, genehmigt und unterschrieben

Vorsitzender

Schriftführerin
sp